

Inhaltsverzeichnis

Dank VII

Einleitung 1

§ 1 Grundlagen zur Feststellungsklage 3

 A. Begriff 3

 B. Arten 4

 I. Positive und negative Feststellungsklage 4

 II. Allgemeine und besondere Feststellungsklage 4

 C. Funktion 6

 D. Zur Notwendigkeit der Feststellungsklage 8

 E. Die Feststellungsklage im Gesetzgebungsverfahren der
 Schweizerischen Zivilprozessordnung 11

 F. Zusammenfassung 12

§ 2 Gegenstand der Feststellungsklage 13

 A. Rechtliche Einordnung als Prozessvoraussetzung 13

 B. Objektiver Gegenstand 14

 I. Begriff 14

 1. Definition des «Rechts» und «Rechtsverhältnisses» 14

 2. Extensive Auslegung 15

 II. Eigene Stellungnahme 17

 III. Keine Tatsachen 18

 1. Grundsatz 18

 2. Instrumente zur Klärung von Tatsachen 20

 3. Auslegung unklar formulierter Rechtsbegehren 20

 4. (Vermeintliche) Ausnahmen vom Grundsatz 22

 a) Wahrheit einer Aussage 22

 b) «Tatbestand» des Bestands eines Patents 22

 c) Echtheit einer Urkunde 23

 C. Subjektiver Gegenstand 23

 I. Am Verfahren beteiligte Personen 23

 II. Rechtliche Einordnung der Drittrechtsverhältnis-Problematik 23

 III. Forderungsprätendentenstreit kein Fall eines Drittrechtsverhältnisses 24

 D. Zusammenfassung 25

§ 3 Grundlagen zum Feststellungsinteresse 27

 A. Funktion 27

 B. Begriff 27

 I. Definition 27

II.	Rechtliches und tatsächliches Feststellungsinteresse	28
C.	Zur Rechtsnatur des Feststellungsinteresses	29
I.	Materielles Recht oder Prozessrecht?	29
1.	Rechtsprechung des Bundesgerichts	29
2.	Kritik in der Lehre	30
3.	Eigene Stellungnahme	31
II.	Doppelrelevante Tatsache?	32
1.	Theorie der doppelrelevanten Tatsachen	32
2.	Feststellungsinteresse: Tatfrage oder Rechtsfrage?	33
a)	Definition der Tat- und Rechtsfrage	33
b)	Tat- und Rechtsfragen bezüglich des Feststellungsinteresses	33
3.	Meinungsstand in der Lehre und Rechtsprechung	34
4.	Eigene Stellungnahme	35
a)	Bei allgemeinen Feststellungsklagen	35
b)	Bei besonderen Feststellungsklagen	36
D.	Gerichtliche Prüfung des Feststellungsinteresses	37
I.	Grundsatz der Prüfung von Amtes wegen	37
II.	Sachliche Zuständigkeit	40
III.	Beweisthema	41
1.	Bei allgemeinen Feststellungsklagen	41
2.	Bei besonderen Feststellungsklagen	41
3.	Bei «voraussetzungslosen» Feststellungsklagen	42
4.	Bei objektiver Klagehäufung	43
IV.	Objektive Beweislast und Beweislastverteilung	45
1.	Objektive Beweislast	45
2.	Beweislastverteilung	45
a)	Auf der Begründetheitsebene	45
b)	Auf der Zulässigkeitsebene	47
V.	Massgebender Zeitpunkt	49
VI.	Nachträglicher Wegfall	52
1.	Gegenstandslosigkeit	52
2.	Konstellationen	54
3.	Spezialfall: Gegenstandslosigkeit der negativen Feststellungsklage aufgrund der Erhebung einer Leistungswiderklage	55
E.	Entscheid über das Vorliegen des Feststellungsinteresses	56
I.	Bei unumstrittenen Prozessvoraussetzungen	56
II.	Bei erheblichen Zweifeln am Vorliegen des Feststellungsinteresses	57
1.	Möglichkeit der Verfahrensbeschränkung	57
2.	Möglichkeit des Erlasses eines selbstständigen Zwischenentscheids	59

III. Nichtvorliegen einer Prozessvoraussetzung	61
F. Zusammenfassung	62
§ 4 Materielle Rechtskraft von Feststellungsurteilen	63
A. Begriff	63
B. Gegenstand	64
C. Wirkungen	65
I. Sperrwirkung	65
II. Bindungswirkung	66
D. Umfang der Wirkungen	67
I. Objektive Reichweite	67
1. Beschränkung auf das Urteilsdispositiv	67
2. Identität des Streitgegenstands in Bezug auf Feststellungsklagen	69
a) Zum Begriff des identischen Streitgegenstands	69
b) Relevante Konstellationen in Bezug auf Feststellungsklagen	69
II. Subjektive Reichweite	71
E. Zusammenfassung	72
§ 5 Voraussetzungen des allgemeinen Feststellungsinteresses	73
A. Zum Umfang des Feststellungsinteresses	73
I. Relevanz des Umfangs des gewährten Rechtsschutzes	73
II. Verfassungsmässige Untergrenzen des zu gewährenden Rechtsschutzes	74
III. Umfang des gewährten Rechtsschutzes als Wertungsfrage	74
1. Besondere Problematik bezüglich der Feststellungsklage	74
2. Zu berücksichtigende Interessen	75
3. Klare Fälle	76
a) Fehlender konkreter Sachverhaltsbezug	76
b) Fehlendes persönliches Rechtsschutzinteresse	77
B. Voraussetzungen nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts	78
I. Voraussetzungen des Feststellungsinteresses	78
1. Feststellungsklagen mit Beseitigungs- und Genugtuungsfunktion	78
2. Feststellungsklagen zum Schutz vor Rechtsgefährdung	78
II. Behebbarer Ungewissheit	80
1. Ungewissheit der Rechtslage	80
a) Begriff	80
b) Voraussetzungen	80
c) Insbesondere zum Betreibungsbegehren	81
d) Insbesondere zum Schlichtungsbegehren	82
2. Behebbarkeit der Ungewissheit	83
a) Problemstellung	83
b) Rechtsprechung des Bundesgerichts	83

c) Diskussion in der Lehre	85
d) Eigene Stellungnahme	86
III. Unzumutbarkeit der Fortdauer der ungewissen Rechtslage	89
1. Begriff	89
2. Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit	89
a) Ausschluss von Bagatellbeträgen	89
b) Definition des Bagatellbetrags	90
3. Kritik an der Unzumutbarkeitsvoraussetzung	92
a) Zur Berechtigung der Unzumutbarkeitsvoraussetzung im Allgemeinen	92
aa) Kritik in der Lehre	92
bb) Eigene Stellungnahme	92
aaa) Gewährleistung des effektiven Rechtsschutzes gemäss Art. 29a BV	92
bbb) Berechtigung der Unzumutbarkeits- voraussetzung	93
b) Zur Höhe der Anforderungen	96
4. Interessensabwägung beim negativen Feststellungsinteresse	97
a) Bundesgerichtliche Rechtsprechung und herrschende Lehre	97
aa) Erhöhte Anforderungen	97
bb) Insbesondere das Interesse an der Feststellung der Nichtschuld einer in Betreibung gesetzten Forderung	98
b) Kritik in der Lehre	99
aa) Zu den erhöhten Anforderungen	99
bb) Zum Interesse an der Feststellung der Nichtschuld einer in Betreibung gesetzten Forderung	100
c) Eigene Stellungnahme	101
aa) Zu den erhöhten Anforderungen	101
bb) Zum Interesse an der Feststellung der Nichtschuld der in Betreibung gesetzten Forderung	103
5. Ergebnis	105
IV. Unmöglichkeit der anderweitigen Behebung der Ungewissheit	106
1. Zur «grundsätzlichen Subsidiarität» der Feststellungsklage	106
a) Praxis des Bundesgerichts und herrschende Lehre	106
b) Kritik in der Lehre	109
aa) An dem Verständnis des Feststellungsprozesses als antizipierter Leistungsprozess	109
bb) An der Unzulässigkeit des Feststellungsprozesses als antizipierter Leistungsprozess	110
c) Eigene Stellungnahme	111
aa) An dem Verständnis des Feststellungsprozesses als antizipierter Leistungsprozess	111

bb) An der Unzulässigkeit der Feststellungsklage als antizipierter Leistungs-prozess	112
2. Ergebnis	114
C. Positive Umschreibung des schutzwürdigen Feststellungsinteresses	114
I. Entwicklung einer allgemeingültigen Definition des schutzwürdigen Feststellungsinteresses	114
1. Ausgangslage	114
2. Feststellungsurteil vermittelt umfassenderen Rechtsschutz	115
a) Definition in der Lehre	115
b) Kritik an der Definition der Lehre	115
3. Funktionsbezogenen Definition des Feststellungsinteresses	116
a) Definition in der Lehre	116
b) Kritik an der Definition der Lehre	117
4. Erforderlichkeit der Qualität des Rechtsschutzes durch Feststellungsklage	117
5. Ergebnis	119
II. Qualität des Rechtsschutzes durch Feststellungsurteil	119
1. Materiell rechtskräftige Feststellung von rechtlichen Vorfragen . .	119
2. Hinsichtlich des möglichen Gegenstands der Klage	119
3. Hinsichtlich des Prozessthemas	120
D. Zusammenfassung	120
§ 6 Fallgruppen zulässiger Feststellungsklagen	123
A. Feststellung materiellrechtlicher Vorfragen von Leistungs- oder Gestaltungsansprüchen	123
I. Begriff	123
1. Prozessuale und materielle Vorfragen	123
2. Tatsächliche und rechtliche Vorfragen	124
II. Entscheid über materiellrechtliche Vorfragen	125
B. Feststellung von Vorfragen bei fehlender Notwendigkeit eines Vollstreckungstitels	126
I. Unmöglichkeit der Vollstreckung	126
II. Keine Notwendigkeit eines Vollstreckungstitels oder rechts- gestaltenden Urteils	126
1. Bundesgerichtliche Rechtsprechung	126
2. Diskussion in der Lehre	128
3. Eigene Stellungnahme	129
4. Restriktive Auslegung der Voraussetzungen?	131
5. Grad der Wahrscheinlichkeit der Erfüllung auf Feststellung hin	133
a) Rechtsprechung des Bundesgerichts	133
b) Diskussion in der Lehre	133
c) Eigene Stellungnahme	134
d) Belege zum Nachweis der freiwilligen Erfüllung	136

III.	Insbesondere zu den einzelnen Voraussetzungen einer Rechtsfolge	137
1.	Diskussion in der Lehre	137
2.	Eigene Stellungnahme	138
C.	Feststellung betreffend nicht fälliger oder nicht bestimmbarer Forderungen	139
I.	Rechtsprechung des Bundesgerichts	139
1.	Feststellung der grundsätzlichen Leistungspflicht	139
2.	Feststellung der Gültigkeit eines Rechtsverhältnisses	141
II.	Zu den Voraussetzungen im Einzelnen	142
1.	Keine Fälligkeit	142
2.	Fehlende Bestimmbarkeit	142
III.	Kritik in der Lehre	145
IV.	Eigene Stellungnahme	146
1.	Zur Rechtsprechung des Bundesgerichts	146
2.	Zur Kritik in der Lehre	146
D.	Feststellung präjudizieller Vorfragen	147
I.	Diskussion in der Lehre und Rechtsprechung	147
II.	Eigene Stellungnahme	149
§ 7	Das Feststellungsinteresse in ausgewählten Einzelfällen	151
A.	Feststellungswiderklage als Reaktion auf eine Teilklage	151
I.	Ausgangslage	151
1.	Begriff der Teilklage	151
2.	Gründe für die Erhebung einer Teilklage	152
3.	Problemstellung	153
II.	Voraussetzungen des Feststellungsinteresses	153
1.	Rechtsprechung des Bundesgerichts	153
2.	Überwiegende Lehrmeinung	154
3.	Mindermeinung in der Lehre	156
4.	Eigene Stellungnahme	158
a)	Zur Rechtsprechung des Bundesgerichts und der herrschenden Lehre	158
b)	Zur Mindermeinung in der Lehre	160
c)	Ergebnis	162
B.	Allgemeine Ausgleichungsklage	163
I.	Zum Begriff der allgemeinen Ausgleichungsklage	163
II.	Voraussetzungen des Feststellungsinteresses	164
1.	Rechtsprechung des Bundesgerichts	164
2.	Diskussion in der Lehre	166
3.	Eigene Stellungnahme	167
C.	Feststellung einer widerrechtlichen Persönlichkeitsverletzung nach Art. 28a Abs. 1 Ziff. 3 ZGB	170
I.	Anwendungsbereich	170

1. Beseitigung einer widerrechtlichen Persönlichkeitsverletzung . .	170
2. Verhältnis zu den anderen Klagen aus Art. 28a ZGB	171
II. Voraussetzungen des Feststellungsinteresses	172
1. Andauern des Störungszustandes	172
2. Anforderungen an den Nachweis des Störungszustandes	173
a) Durch Massenmedien hervorgerufener Störungszustand	173
b) Durch Dauerbeziehung hervorgerufener Störungszustand . . .	174
D. Aberkennungsklage nach Art. 83 Abs. 2 SchKG	175
I. Funktion und Rechtsnatur	175
II. Voraussetzungen des Feststellungsinteresses	177
III. Wegfall des Feststellungsinteresses	178
E. Feststellung des Nichtbestehens einer in Betreibung gesetzten Forderung gemäss Art. 85a Abs. 1 SchKG	180
I. Rechtsnatur	180
II. Funktion	181
III. Voraussetzungen des Feststellungsinteresses	183
1. Laufende Betreibung	183
2. Diskussion in der Lehre und Rechtsprechung	184
3. Ausschluss des Einsichtsrechts Dritter durch allgemeine Feststellungsklage	186
IV. Wegfall des besonderen Feststellungsinteresses nach Art. 85a Abs. 1 SchKG	188
1. Diskussion in der Lehre und Rechtsprechung	188
2. Eigene Stellungnahme	189
Abkürzungsverzeichnis	191
Literaturverzeichnis	195